

Habilitationsordnung der Georg-August-Universität Göttingen in der Fassung vom 16.07.2008 (Amtliche Mitteilungen 17/2008 S. 1129), zuletzt geändert durch Beschluss des Senats und des Fakultätsrats der Medizinischen Fakultät vom 20.05.2020 beziehungsweise 18.05.2020 (Amtliche Mitteilungen I 29/2020 S. 668)

Habilitationsordnung der Georg-August-Universität Göttingen

I. Abschnitt Grundsätze

§ 1 Zweck der Habilitation

(1) ¹Die Habilitation dient dem Nachweis herausgehobener Befähigung zu selbständiger wissenschaftlicher Forschung und zu qualifizierter selbständiger Lehre in einem bestimmten wissenschaftlichen Fachgebiet (Lehrbefähigung). ²Mit der Habilitation wird der oder dem Habilitierten die Befugnis zur selbständigen Lehre an der Hochschule für ein bestimmtes wissenschaftliches Fach oder Fachgebiet erteilt (Lehrbefugnis).

(2) Die Erteilung der Lehrbefugnis berechtigt zur Führung des Titels „Privatdozentin“ oder „Privatdozent“; eine Ergänzung des Doktorgrades findet nicht statt.

§ 2 Voraussetzungen für die Habilitation

(1) ¹Die Bewerberin oder der Bewerber muss den Doktorgrad an einer deutschen wissenschaftlichen Hochschule oder einer gleichwertigen ausländischen Hochschule erworben haben. ²Ihre oder seine Befähigung zu selbständiger wissenschaftlicher Forschung wird durch eine Habilitationsschrift nachgewiesen. ³Anstelle einer Habilitationsschrift können bisherige Veröffentlichungen und zur Veröffentlichung angenommene Arbeiten anerkannt werden (kumulative Habilitation), wenn sie einen gleichwertigen Nachweis der Befähigung zur selbständigen wissenschaftlichen Forschung darstellen und noch nicht in einem Habilitationsverfahren verwendet wurden. ⁴Zugleich muss eine zusammenfassende Darstellung der bearbeiteten Themen verbunden mit einem ausführlichen Diskussionsteil und einer Darlegung der geleisteten, zweifelsfrei zurechenbaren Eigenanteile an den Arbeiten eingereicht werden.

(2) ¹Eine von mehreren (in der Regel nicht mehr als zwei) Personen gemeinsam verfasste wissenschaftliche Arbeit kann bei geeigneter Themenstellung, insbesondere bei interdisziplinären Arbeiten, als Habilitationsschrift anerkannt werden. ²Voraussetzung ist, dass die für das Habilitationsverfahren eines der Autorinnen oder Autoren zu berücksichtigenden Beiträge zweifelsfrei dieser Bewerberin oder diesem Bewerber zugerechnet werden können und den Anforderungen nach § 1 Abs. 1 sowie Abs. 1 genügen. ³Die Eignung des Themas für eine Gemeinschaftsarbeit ist auf Antrag und nach Anhörung der Bewerberinnen oder Bewerber von

der zuständigen Fakultät förmlich festzustellen; dies soll möglichst vor Beginn der Arbeit an der Habilitationsschrift geschehen.

(3) Die Bewerberin oder der Bewerber weist ihre oder seine Fähigkeit zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung in einem Kolloquium nach.

(4) ¹Die Bewerberin oder der Bewerber soll in der Regel eine mehrsemestrige und kontinuierliche Lehrtätigkeit in grundständigen Studiengängen und konsekutiven Bachelor- oder Master-Studiengängen nachweisen. ²Die Befähigung zum akademischen Lehrvortrag wird darüber hinaus im Habilitationsverfahren durch eine Probevorlesung festgestellt.

(5) Die Bewerberin oder der Bewerber hat ferner die in der Anlage zu dieser Ordnung für die einzelnen Fakultäten festgelegten weiteren Anforderungen zu erfüllen, soweit solche für die in ihrem oder seinem Falle zuständige Fakultät getroffen sind (Anlage 1).

II. Abschnitt Habilitationsverfahren

Teil 1 Habilitation

§ 3 Habilitationskommission

(1) ¹Der Fakultätsrat bestellt für die Dauer von zwei Jahren eine ständige Habilitationskommission aus dem Kreis der habilitierten Mitglieder der Universität. ²Die Habilitationskommission besteht aus der Dekanin oder dem Dekan und 8 bis 24 gewählten weiteren Mitgliedern, von denen mehr als die Hälfte der eigenen Fakultät angehören muss.

(2) ¹Habilitierte Mitglieder des Fakultätsrats können auch Mitglieder der Habilitationskommission sein. ²Soweit Fächer der Fakultät sich mit denen anderer Fakultäten überschneiden, sollen habilitierte Mitglieder dieser Fakultäten der Habilitationskommission angehören.

(3) ¹Den Vorsitz mit Stimmrecht führt die Dekanin oder der Dekan. ²Sie oder er hat dafür Sorge zu tragen, dass das Verfahren ohne vermeidbare Verzögerungen abläuft; es soll die Dauer eines Jahres nicht überschreiten.

(4) ¹Für anhängige Verfahren bleibt die Habilitationskommission mit ihren gemäß Abs. 1 Satz 2 gewählten weiteren Mitgliedern auch über deren regelmäßige Amtszeit hinaus längstens für die Dauer einer weiteren Amtsperiode zuständig. ²Beim Ausscheiden eines Mitglieds der Habilitationskommission bestellt der Fakultätsrat ein neues Mitglied für den Rest der Amtsperiode; wird ein Mitglied der Habilitationskommission zur Dekanin oder zum Dekan gewählt, so reduziert sich die Zahl der weiteren Mitglieder für die Dauer ihrer oder seiner Amtszeit als Dekanin oder Dekan um eines.

(5) Stimmenthaltungen sind bei Entscheidungen über Habilitationsleistungen unzulässig.

§ 4 Habilitationsantrag

(1) ¹Der Antrag auf Zulassung zur Habilitation ist schriftlich an die Dekanin oder den Dekan der Fakultät zu richten, die für das Fachgebiet, innerhalb dessen die Lehrbefugnis angestrebt wird, zuständig ist. ²In dem Antrag hat die Bewerberin oder der Bewerber anzugeben, für welches Fachgebiet sie oder er die Lehrbefugnis (venia legendi) erwerben will. ³Die Dekanin oder der Dekan gibt den habilitierten Mitgliedern der Fakultät und den Mitgliedern des Fakultätsrats von dem Antrag Kenntnis.

(2) ¹Die Entscheidung über die Zuständigkeit obliegt dem Fakultätsrat. ²Beanspruchen mehrere Fakultäten die Zuständigkeit oder hält sich keine Fakultät für zuständig, so entscheidet der Senat.

(3) Dem Antrag müssen beigefügt werden:

1. ein Lebenslauf, der besonders den wissenschaftlichen und beruflichen Werdegang der Bewerberin oder des Bewerbers schildert;
2. das Doktordiplom;
3. sonst vorliegende Zeugnisse über die wissenschaftliche Ausbildung und über bestandene wissenschaftliche Prüfungen;
4. ein Exemplar der Doktorarbeit;
5. die Habilitationsschrift, sofern die Bewerberin oder der Bewerber eine solche angefertigt hat, und je ein Exemplar aller sonstigen veröffentlichten oder zur Veröffentlichung angenommenen wissenschaftlichen Schriften sowie ein Verzeichnis dieser Schriften; im Falle der Vorlage einer Gemeinschaftsarbeit i. S. des § 2 Abs. 2 sind die Beiträge der einzelnen Autorinnen oder Autoren an der Habilitationsschrift umfassend darzulegen und zu beschreiben;
6. ein Bericht über die Gegenstände, Ziele und Ergebnisse der bisherigen Forschungstätigkeit der Bewerberin oder des Bewerbers;
7. eine Übersicht über die bisherige Lehrtätigkeit der Bewerberin oder des Bewerbers;
8. der Nachweis der gemäß § 2 Abs. 5 gegebenenfalls zusätzlich geforderten Voraussetzungen;
9. eine Versicherung über etwaige frühere Habilitationsversuche;
10. eine Erklärung der Bewerberin oder des Bewerbers, dass bei der Anfertigung der schriftlichen Habilitationsleistung keine weiteren als die angegebenen Hilfsmittel benutzt wurden und kein wissenschaftliches Fehlverhalten im Sinne der Richtlinien der Georg-August-Universität Göttingen zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis in der jeweils gültigen Fassung vorliegt;
11. ein Führungszeugnis.

(4) ¹Die Mitglieder des Fakultätsrats und die habilitierten Mitglieder der Fakultät können den Antrag und seine Anlagen innerhalb angemessener Frist einsehen. ²Sie haben die Vertraulichkeit zu wahren.

(5) Antrag und Anlagen verbleiben nach Abschluss des Verfahrens bei den Akten der Fakultät.

§ 5 Zulassungsverfahren

(1) ¹Über die Zuständigkeit zur Durchführung des Habilitationsverfahrens und über den Antrag auf Zulassung zum Habilitationsverfahren entscheidet der Fakultätsrat. ²In Zweifelsfällen ist die Habilitationskommission anzuhören.

(2) Die Zulassung kann nur versagt werden, wenn die Bewerberin oder der Bewerber die mit dem Antrag nachzuweisenden förmlichen Voraussetzungen der Habilitation nicht erfüllt oder die zu erteilende Lehrbefugnis sofort wieder erlöschen, zurückgenommen oder widerrufen würde.

§ 6 Begutachtung

(1) ¹Die Habilitationskommission bestellt zur Begutachtung der schriftlichen Habilitationsleistung und des Berichts über die Forschungstätigkeit mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder mehrere - mindestens aber drei - habilitierte Gutachterinnen oder Gutachter, die auch anderen Fakultäten angehören können. ²Die Bewerberin oder der Bewerber hat hierzu ein Vorschlagsrecht. ³Soweit erforderlich können bei der Bestellung der Gutachterinnen oder Gutachter auch auswärtige habilitierte oder gleichwertig qualifizierte Gutachterinnen oder Gutachter hinzugezogen werden. ⁴Wenn die schriftliche Habilitationsleistung Fachgebiete anderer Fakultäten berührt, sollen Gutachterinnen oder Gutachter auch jener Fakultäten hinzugezogen werden. ⁵Soweit die bestellten Gutachterinnen oder Gutachter der Habilitationskommission nicht angehören, nehmen sie, sofern sie ein Gutachten abgegeben haben, an dem weiteren Verfahren gemäß §§ 7 bis 10 Abs. 2 als stimmberechtigte Mitglieder teil. ⁶Sie werden bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit der Habilitationskommission nicht mitgezählt.

(2) ¹Jedes habilitierte Mitglied der Fakultät kann die vorliegenden Gutachten einsehen und der Habilitationskommission ein weiteres Gutachten vorlegen. ²Die Vertraulichkeit ist zu wahren. ³Mit der Vorlage des Gutachtens wird die Berechtigung erworben, an den Entscheidungen über die Habilitationsleistungen der Kandidatin oder des Kandidaten stimmberechtigt mitzuwirken, sofern die Absicht, das Stimmrecht auszuüben, innerhalb von zwei Wochen nach der Zulassung zum Habilitationsverfahren der Dekanin oder dem Dekan schriftlich mitgeteilt wurde. ⁴Wer von dieser Befugnis Gebrauch macht, wird bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit der Habilitationskommission nicht mitgezählt.

§ 7 Annahme der Habilitationsschrift

(1) ¹Nach Abschluss des Gutachterverfahrens entscheidet die Habilitationskommission, ggf. unter Mitwirkung der weiteren Gutachterinnen oder Gutachter nach § 6 Abs. 1 Satz 5 sowie habilitierter Mitglieder der Fakultät nach § 6 Abs. 2 Satz 3, ob die schriftliche Habilitationsleistung den Anforderungen genügt und angenommen wird. ²Die Entscheidung bedarf außer der Mehrheit der Stimmberechtigten nach Satz 1 der Mehrheit der anwesenden Mitglieder der ständigen

Habilitationskommission. ³Auswärtige Gutachterinnen oder Gutachter können ihre Stimme schriftlich abgeben. ⁴Eine von dem Votum der Mehrheit der bestellten Gutachterinnen oder Gutachter abweichende Entscheidung kann dabei nur auf der Grundlage von mindestens einer schriftlichen Stellungnahme aus dem Kreis der nach Satz 1 stimmberechtigten Personen getroffen werden, die den Feststellungen der Gutachterinnen oder Gutachter in fachwissenschaftlich fundierter Weise widerspricht; sie muss den Anforderungen an die Gutachten im Sinne von § 6 Abs. 1 genügen. ⁵Erforderlichenfalls ist die Beschlussfassung bis zur Erstattung wenigstens einer schriftlichen Stellungnahme zu vertagen. ⁶Im Falle der Stimmengleichheit bei einer Entscheidung nach Satz 1 muss die Habilitationskommission eine weitere Gutachterin oder einen weiteren Gutachter bestellen; die Entscheidung für die Gutachterin oder den Gutachter muss mit Zweidrittelmehrheit der Kommissionsmitglieder getroffen werden. ⁷Die Bewerberin oder der Bewerber hat ein Vorschlagsrecht.

(2) ¹Die Beschlussfähigkeit für die Entscheidung über die schriftliche Habilitationsleistung ist gegeben, wenn mindestens zwei Drittel der ständigen Mitglieder der Habilitationskommission anwesend sind. ²Wird die Beschlussfähigkeit in zwei aufeinander folgenden Sitzungen nicht erreicht, so ist die Beschlussfähigkeit bei Anwesenheit der Mehrheit der ständigen Mitglieder der Habilitationskommission gegeben.

(3) ¹Nach Aufforderung durch die Dekanin oder den Dekan teilt die Bewerberin oder der Bewerber das Thema ihres oder seines Referats schriftlich mit. ²Fällt die Entscheidung über die schriftliche Habilitationsleistung zustimmend aus, so setzt die Habilitationskommission den Termin für das Kolloquium fest.

(4) ¹Im Falle der Annahme berät die Habilitationskommission ggf. unter Mitwirkung der weiteren Gutachterinnen oder Gutachter nach § 6 Abs. 1 Satz 5 sowie habilitierter Mitglieder der Fakultät nach § 6 Abs. 2 Satz 3 zugleich über die Bezeichnung der Lehrbefugnis (venia legendi) gemäß § 10. ²Falls eine Abweichung von dem Antrag der Bewerberin oder des Bewerbers ins Auge gefasst wird, ist dieser oder diesem Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

§ 8 Kolloquium

(1) ¹Das Kolloquium wird mit einem etwa halbstündigen Referat eröffnet, in dem die Bewerberin oder der Bewerber einen Gegenstand zur Diskussion stellt, der es erlaubt, auch grundsätzliche Fragen ihres oder seines Fachgebiets zu erörtern. ²Das Referat darf mit dem Gegenstand der Habilitationsschrift nicht in unmittelbarem Zusammenhang stehen; hiervon kann in den ergänzenden Bestimmungen einer Fakultät (Anlage 1) abgewichen werden. ³Daran schließt sich eine eingehende wissenschaftliche Diskussion auf der Grundlage des Vortrags an. ⁴Die Aussprache soll nicht länger als eine Stunde dauern.

(2) ¹Das Kolloquium findet vor der Habilitationskommission und ggf. den weiteren Gutachterinnen oder Gutachtern nach § 6 Abs. 1 Satz 5 sowie habilitierten Mitgliedern der Fakultät gemäß § 6 Abs. 2 Satz 3 statt. ²Die übrigen habilitierten Mitglieder der Fakultät, die Mitglieder des

Fakultätsrats und diejenigen Personen, die sich demnächst an der Fakultät habilitieren wollen, haben das Recht zur Teilnahme. ³Die Dekanin oder der Dekan kann darüber hinaus weitere Gäste einladen; das Nähere kann in den ergänzenden Bestimmungen einer Fakultät (Anlage 1) geregelt werden. ⁴Die oder der Vorsitzende kann Fragen auch der nicht habilitierten Anwesenden zulassen.

(3) ¹An der Beratung über das Ergebnis des Kolloquiums nehmen nur die Mitglieder der Habilitationskommission und die habilitierten Mitglieder des Fakultätsrats sowie ggf. die weiteren Gutachterinnen oder Gutachter nach § 6 Abs. 1 Satz 5 sowie habilitierte Mitglieder der Fakultät nach § 6 Abs. 2 Satz 3 teil. ²Im Anschluss daran entscheidet die Habilitationskommission, ggf. unter Mitwirkung der weiteren Gutachterinnen oder Gutachter nach § 6 Abs. 1 Satz 5 sowie habilitierter Mitglieder der Fakultät gemäß § 6 Abs. 2 Satz 3. ³Die Entscheidung bedarf der Mehrheit der anwesenden ständigen Kommissionsmitglieder. ⁴Für die Beschlussfähigkeit ist die Anwesenheit der Mehrheit der ständigen Mitglieder der Habilitationskommission erforderlich.

§ 9 Probevorlesung

(1) ¹War das Kolloquium erfolgreich, wird die Bewerberin oder der Bewerber zu einer hochschulöffentlichen Probevorlesung zugelassen. ²Das Thema der Probevorlesung wird von der Habilitationskommission aus drei Vorschlägen der Bewerberin oder des Bewerbers ausgewählt, die sich vom Thema der Habilitationsschrift und des Kolloquiums unterscheiden. ³Auf Antrag der Habilitandin oder des Habilitanden kann die Habilitationskommission festlegen, dass die Probevorlesung durch eine reguläre Vorlesung an der Universität Göttingen ersetzt wird, die 45 Minuten dauert, zu deren Thema die Habilitationskommission ihre Zustimmung erklärt hat und an der zwei ständige Mitglieder der Habilitationskommission als Berichterstatter teilnehmen.

(2) ¹Der Termin und das Thema für die öffentliche Probevorlesung werden der Bewerberin oder dem Bewerber unverzüglich nach dem Kolloquium mitgeteilt. ²Zwischen der Bekanntgabe des Themas und der Probevorlesung müssen mindestens zwei Wochen liegen.

(3) Die Probevorlesung dauert 45 Minuten.

(4) Die Medizinische Fakultät kann hiervon abweichende Regelungen treffen.

§ 10 Lehrbefähigung; Lehrbefugnis (venia legendi)

(1) ¹Nach der Probevorlesung entscheidet die Habilitationskommission, ggf. unter Mitwirkung der weiteren Gutachterinnen oder Gutachter nach § 6 Abs. 1 Satz 5 sowie habilitierter Mitglieder der Fakultät nach § 6 Abs. 2 Satz 3, über das Ergebnis dieser Habilitationsleistung sowie über die Bezeichnung der Lehrbefugnis (venia legendi). ²§ 8 Abs. 3 Sätze 3 und 4 finden Anwendung. ³Von dem Antrag der Habilitandin oder des Habilitanden kann hierbei nur abgewichen werden, nachdem ihr oder ihm Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden ist.

(2) Mit der Habilitation wird der oder dem Habilitierten die Befugnis zur selbständigen Lehre an der Hochschule für ein bestimmtes wissenschaftliches Fach oder Fachgebiet erteilt (Lehrbefugnis).

(3) ¹Der Nachweis der Lehrbefähigung sowie die Erteilung der Lehrbefugnis (venia legendi) werden in einer von der Präsidentin oder dem Präsidenten und der Dekanin oder dem Dekan der Fakultät unterzeichneten Habilitationsurkunde (Anlage 2) beurkundet; auf Antrag wird eine amtliche Übersetzung (Anlage 3) in englischer Sprache ausgestellt. ²Die Habilitation wird dadurch vollzogen, dass die Dekanin oder der Dekan der Bewerberin oder dem Bewerber die Habilitationsurkunde aushändigt.

(4) Die Dekanin oder der Dekan teilt dem Fakultätsrat das Ergebnis des Habilitationsverfahrens mit.

(5) ¹Nach Abschluss des Verfahrens hat die Bewerberin oder der Bewerber das Recht, in die Habilitationsakten einschließlich der Gutachten Einsicht zu nehmen. ²Die Vertraulichkeit ist zu wahren.

§ 11 Wiederholung der Habilitationsprüfung

¹Im Falle einer ablehnenden Entscheidung ist eine einmalige Wiederholung des Habilitationsversuchs frühestens nach einem Jahr zulässig. ²Soll nur das Kolloquium oder die Probevorlesung wiederholt werden, so beträgt die Frist 6 Monate.

§ 12 Veröffentlichung der Habilitationsschrift

¹Die Habilitationsschrift muss - möglichst binnen zwei Jahren - als selbständige Veröffentlichung oder als wissenschaftliche Abhandlung(en) in ihrem wesentlichen Inhalt in einer wissenschaftlichen Fachzeitschrift gedruckt werden. ²Das Nähere wird in den ergänzenden Bestimmungen für die einzelnen Fakultäten geregelt. ³Die Veröffentlichung muss als Habilitationsschrift gekennzeichnet werden. ⁴Der Dekanin oder dem Dekan sind drei Exemplare einzureichen. ⁵Hat die Habilitandin oder der Habilitand die Habilitationsschrift nicht binnen zwei Jahren veröffentlicht, so berichtet sie oder er auf Anfordern der Dekanin oder des Dekans über die Hinderungsgründe und den voraussichtlichen Zeitpunkt der Veröffentlichung. ⁶Abweichend von Sätzen 1 und 5 kann in den ergänzenden Bestimmungen einer Fakultät geregelt werden, dass die Veröffentlichung innerhalb einer Ausschlussfrist erfolgen muss und bei Verstoß gegen die Veröffentlichungspflicht die durch die Habilitationsprüfung erworbenen Rechte erlöschen.

§ 13 Ungültigkeit der Habilitationsprüfung

(1) Wurde bei der Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Übermittlung der Habilitationsurkunde bekannt, so kann die Habilitationskommission nachträglich die betroffenen Bewertungen entsprechend berichtigen und die Habilitationsprüfung für nicht bestanden erklären.

(2) ¹Waren die Voraussetzungen für die Zulassung nicht erfüllt, ohne dass hierüber getäuscht werden sollte und wird die Tatsache erst nach Übermittlung der Habilitationsurkunde bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. ²Wurde die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so entscheidet die Habilitationskommission unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen über die Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte.

(3) Die Habilitandin oder der Habilitand ist vor einer Entscheidung zu hören.

(4) ¹Die unrichtige Habilitationsurkunde ist einzuziehen. ²Eine Entscheidung nach Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 ist nach einer Frist von sieben Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

§ 14 Umhabilitation

¹Privatdozentinnen oder Privatdozenten, die an einer anderen wissenschaftlichen Hochschule die Lehrbefugnis durch Habilitation erworben haben, kann auf Antrag für das gleiche Fachgebiet die Lehrbefugnis von einer Fakultät der Universität Göttingen zuerkannt werden. ²Für das Verfahren sind die §§ 6 Abs. 1 sowie 7 Abs. 1 und 2 entsprechend anzuwenden. ³Liegt die Habilitation weniger als zwei Jahre vor der Antragstellung, können anstelle von Gutachten nach § 6 Abs. 1 die Gutachten aus dem Habilitationsverfahren berücksichtigt werden. ⁴In den ergänzenden Bestimmungen einer Fakultät (Anlage 1) können weitere Voraussetzungen für die Umhabilitation geregelt werden.

Teil 2

Rechte und Pflichten der oder des Habilitierten und besondere Bestimmungen zur Lehrbefugnis

§ 15 Titel; Titellehre

(1) ¹Die Erteilung der Lehrbefugnis berechtigt zur Führung des Titels „Privatdozentin“ oder „Privatdozent“. ²Eine Privatdozentin oder ein Privatdozent ist berechtigt und verpflichtet, in Abstimmung mit der zuständigen Fakultät in dem Fachgebiet der Habilitation regelmäßig eigene selbständige Lehrveranstaltungen an der Universität Göttingen im Umfang von wenigstens einer SWS unentgeltlich anzubieten (Titellehre). ³Selbständige Lehrtätigkeit auf Grund von Lehraufträgen wird auf diese Verpflichtung angerechnet; nicht angerechnet werden Lehrveranstaltungen, die im Rahmen eines sonstigen Beschäftigungsverhältnisses, gleich aus welchem Rechtsgrund, erbracht werden.

(2) ¹Die oder der Habilitierte hat die Lehrveranstaltung gegenüber dem Dekanat rechtzeitig anzukündigen und ordnungsgemäß abzuhalten. ²Will die oder der Habilitierte ihre oder seine Lehrtätigkeit unterbrechen, so hat sie oder er dies dem Dekanat rechtzeitig vor Beginn der jeweiligen Vorlesungszeit mitzuteilen. ³Will die oder der Habilitierte die Lehrtätigkeit ganz einstellen, ist die Habilitationsurkunde zurückzugeben.

(3) Durch die Habilitation wird kein Anspruch auf einen Arbeitsplatz, auf eine Vergütung, auf eine Anstellung oder eine Berufung begründet.

(4) ¹Rechte und Pflichten aus einem eventuell bestehenden Dienstverhältnis zur Universität Göttingen werden durch die Lehrtätigkeit nicht berührt. ²Diese Lehrbefugnis stellt keine Betrauung mit der selbständigen Vertretung ihres Faches in Forschung und Lehre dar.

§ 16 Erweiterung der Lehrbefugnis

¹Die Lehrbefugnis kann im Einvernehmen zwischen Dozentin oder Dozent und Fakultät durch die zuständige Fakultät erweitert werden. ²Für das Verfahren sind die §§ 6 Abs. 1 und 7 Abs. 1 und 2 entsprechend anzuwenden.

§ 17 Ruhen der Lehrbefugnis

¹Die Lehrbefugnis ruht, wenn ihre Inhaberin oder ihr Inhaber wegen einer Erkrankung, deren Dauer nicht abzusehen ist, ihre oder seine Lehrbefugnis nicht ausüben kann. ²Das Ruhen der Lehrbefugnis wird auf Antrag ihrer Inhaberin oder ihres Inhabers sowie der zuständigen Fakultät von der Präsidentin oder dem Präsidenten festgestellt.

§ 18 Rücknahme der Lehrbefugnis

(1) Die Verleihung der Lehrbefugnis kann zurückgenommen werden, wenn sich nachträglich herausstellt, dass wesentliche Voraussetzungen für die Verleihung irrigerweise als gegeben angenommen worden sind.

(2) ¹Vor der Rücknahme ist der Privatdozentin oder dem Privatdozenten Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. ²Über die Rücknahme beschließt der Senat nach Anhören des Fakultätsrats. ³Die Rücknahme ist zu begründen und mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen.

(3) Die Rücknahme ist ausgeschlossen, wenn seit der Erteilung der Lehrbefugnis 7 Jahre verstrichen sind.

§ 19 Widerruf der Lehrbefugnis

(1) Die Lehrbefugnis kann entzogen werden, wenn

1. die Privatdozentin oder der Privatdozent wegen einer vorsätzlichen Handlung zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr rechtskräftig verurteilt worden ist;
2. die Privatdozentin oder der Privatdozent, die oder der zugleich Beamtin oder Beamter auf Lebenszeit oder auf Zeit ist, als solche oder solcher im Disziplinarverfahren aus dem Dienst rechtskräftig entfernt worden ist;
3. eine Privatdozentin oder ein Privatdozent, die oder der zugleich Beamtin oder Beamter auf Widerruf ist, aus Gründen, bei deren Vorliegen in einem Disziplinarverfahren eine

Entfernung aus dem Dienst in Betracht käme, aus dem Dienst rechtskräftig entlassen worden ist;

4. die Privatdozentin oder der Privatdozent aus von ihr oder ihm zu vertretenden Gründen seit mehr als einem Semester nicht in angemessener Weise der ihr oder ihm obliegenden Lehrverpflichtung (Titellehre) nachkommt.

(2) ¹Vor der Entziehung der Lehrbefugnis ist der Privatdozentin oder dem Privatdozenten Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. ²Über die Entziehung entscheidet der Senat nach Anhörung des Fakultätsrats.

(3) Ist in den Fällen des Absatzes 1 Nrn. 1 und 2 das Verfahren noch nicht rechtskräftig abgeschlossen, kann der Senat auf Antrag des Fakultätsrats der Privatdozentin oder dem Privatdozenten für die Dauer des Verfahrens die Ausübung der Lehrbefugnis vorläufig untersagen.

§ 20 Erlöschen der Lehrbefugnis

(1) Die Lehrbefugnis an der Universität Göttingen erlischt, wenn die Privatdozentin oder der Privatdozent auf ihre Ausübung verzichtet, wenn sie oder er an einer anderen wissenschaftlichen Hochschule zur Professorin oder zum Professor auf Lebenszeit ernannt ist oder wenn sie oder er von einer anderen wissenschaftlichen Hochschule auf ihren oder seinen Antrag dorthin umhabilitiert worden ist.

(2) Bei Ausscheiden aus dem Professorenamt kann die Lehrbefugnis auf Antrag erneut erteilt werden.

III. Abschnitt

„Außerplanmäßige Professorin“ oder „außerplanmäßiger Professor“;

Betrauung mit der selbständigen Vertretung eines Fachs in Forschung und Lehre

§ 21 Verleihung des Titels

„außerplanmäßige Professorin“ oder „außerplanmäßiger Professor“

(1) ¹Das Präsidium kann auf begründeten Antrag der Fakultät und nach Stellungnahme des Senats auf der Grundlage externer Gutachten anderen Personen als Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren, die die Einstellungs Voraussetzungen für Professorinnen und Professoren erfüllen, den akademischen Titel „außerplanmäßige Professorin“ oder „außerplanmäßiger Professor“ für die Dauer der Wahrnehmung von Aufgaben in der Lehre verleihen, wenn sie eine dreijährige erfolgreiche Lehrtätigkeit nachweisen; in Angelegenheiten der Universitätsmedizin verleiht der Vorstand den akademischen Titel „außerplanmäßige Professorin“ oder „außerplanmäßiger Professor“. ²In Fällen herausgehobener Lehr- und Forschungsleistungen kann die Frist verkürzt werden bis zu einer Mindestfrist von zwei Jahren.

(2) ¹Die Lehrtätigkeit gemäß Abs. 1 muss für das Fach typische Veranstaltungen in grundständigen Studiengängen und konsekutiven Bachelor- oder Master-Studiengängen umfassen. ²Der Mindestumfang beträgt im Durchschnitt 2 SWS pro Semester, auf jeden Fall aber wenigstens 16 SWS für die in Absatz 1 genannte Dauer. ³Die Lehrtätigkeit kann durch selbständige Lehraufträge und durch die für die Führung des Titels „Privatdozentin“ oder „Privatdozent“ notwendige selbständige unentgeltliche Lehrtätigkeit (sog Titellehre) erbracht werden; § 15 Abs. 2 gilt entsprechend. ⁴Im Falle einer Umhabilitation kann die selbständige Lehrtätigkeit an der Erstuniversität berücksichtigt werden.

(3) Die Verleihung des Titels „außerplanmäßige Professorin“ oder „außerplanmäßiger Professor“ erlischt bei Erlöschen, Widerruf oder Rücknahme der Lehrbefähigung oder der Lehrbefugnis.

(4) ¹Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren, die die Voraussetzungen des § 30 Abs. 4 Satz 2 NHG erfüllen und die nach Beendigung ihres Dienst- oder Beschäftigungsverhältnisses nicht als Professorin oder Professor weiterbeschäftigt werden, sind berechtigt, den Titel „außerplanmäßige Professorin“ oder „außerplanmäßiger Professor“ zu führen, solange sie Aufgaben in der Lehre wahrnehmen. ²Sie oder er ist insoweit verpflichtet, in Abstimmung mit der zuständigen Fakultät regelmäßig eigene selbständige Lehrveranstaltungen an der Universität Göttingen im Umfang von wenigstens einer SWS unentgeltlich anzubieten. ³Die Berechtigung nach Satz 1 erlischt, wenn Aufgaben in der Lehre seit mehr als einem Semester nicht mehr wahrgenommen wurden und die oder der Berechtigte dies zu vertreten hat.

§ 22 Betrauung mit der selbständigen Vertretung eines Fachs in Forschung und Lehre

(1) ¹Sind die außerplanmäßigen Professorinnen oder Professoren zugleich als wissenschaftliche oder künstlerische Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter Mitglieder der Universität, können sie auf begründeten Antrag des Fakultätsrats der zuständigen Fakultät vom Präsidium mit der selbständigen Vertretung ihres Faches in Forschung und Lehre betraut werden. ²Bei der Entscheidung sind das Gesamtinteresse der Universität, das Einzelinteresse und die Entwicklungsplanung der betroffenen Fakultät und ihrer Untergliederungen (z.B. Ausstattung mit Beschäftigtenstellen) sowie die entsprechende Befähigung der Kandidatin oder des Kandidaten zu berücksichtigen.

(2) Die Betrauung setzt eine erfolgreiche selbständige Lehr- und Forschungstätigkeit seit Erlangung des Titels „außerplanmäßige Professorin“ oder „außerplanmäßiger Professor“ voraus und wird von der Fakultät in einem den Regelungen zu Berufungsverfahren entsprechendem Verfahren festgestellt.

(3) ¹Das Präsidium entscheidet nach Stellungnahme durch den Senat abschließend über die Betrauung; die Entscheidung über Betrauungen an der Universitätsmedizin Göttingen trifft der Vorstand im Einvernehmen mit dem Präsidium. ²Die Beschlüsse des Fakultätsrats und des Senats bedürfen neben der Mehrheit des Gremiums auch der Mehrheit der Mitglieder der

Hochschullehrergruppe. ³Die Betrauung wird dadurch vollzogen, dass die Präsidentin oder der Präsident beziehungsweise eine von ihr oder ihm beauftragte Person die Betrauungsurkunde übergibt.

IV. Abschnitt **Schlussbestimmungen**

§ 23 Verfahrensvorschriften

(1) ¹Ablehnende Entscheidungen und andere belastende Verwaltungsakte, die nach dieser Habilitationsordnung getroffen werden, sind zu begründen, mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und der oder dem Betroffenen bekannt zu geben. ²Gegen eine Entscheidung, der die Bewertung der Habilitationsleistung zugrunde liegt, kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung Widerspruch eingelegt werden.

(2) Den Widerspruchsbescheid beschließt der Fakultätsrat unter Beachtung des Verfahrens nach Abs. 3, sofern dem Widerspruch nicht abgeholfen wird.

(3) ¹Soweit sich der Widerspruch gegen eine Bewertung richtet, leitet der Fakultätsrat den Widerspruch der Habilitationskommission zur Überprüfung zu. ²Ändert diese die Bewertung antragsgemäß ab, so hilft der Fakultätsrat dem Widerspruch ab. ³Andernfalls überprüft er die Entscheidung aufgrund der Stellungnahme der Habilitationskommission insbesondere darauf, ob

- a) das Prüfungsverfahren ordnungsgemäß durchgeführt worden ist,
- b) allgemeingültige Bewertungsgrundsätze beachtet worden sind,
- c) bei der Bewertung durchweg von zutreffenden Tatsachenbehauptungen ausgegangen worden ist,
- d) sich die Habilitationskommission nicht von sachfremden Erwägungen hat leiten lassen.

⁴Soweit konkrete und substantiierte Einwendungen gegen prüfungsspezifische Wertungen und fachliche Bewertungen vorliegen, werden Prüfungsleistungen unter Beachtung der Auffassung des Fakultätsrats erneut bewertet oder die Prüfung wird wiederholt. ⁵Die Neubewertung darf nicht zur Verschlechterung der Prüfungsbewertung führen.

(4) ¹Soweit Aufbewahrungspflichten nach der Ordnung für die Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten der Studienbewerberinnen und Studienbewerber, Frühstudierenden, Studierenden, Prüfungskandidatinnen und Prüfungskandidaten, ehemaligen Hochschulmitglieder (ohne Beschäftigte) sowie Gasthörerinnen und Gasthörer (PersDatO) in der jeweils geltenden Fassung bestehen, kann die Aufbewahrung nach Beginn der Aufbewahrungsfrist wie folgt vorgenommen werden: die schriftlichen Unterlagen werden in einem Dokumentenmanagementsystem elektronisch erfasst und nach Erfassung unverzüglich vernichtet. ²Soweit es sich um Unterlagen handelt, welche durch die Habilitandin oder den Habilitanden eingereicht wurden, erfolgt die Vernichtung unter der Voraussetzung, dass die Habilitandin oder der Habilitand darauf hingewiesen wurde, dass sie oder er die eingereichten

Unterlagen binnen eines Jahres abholen kann, und eine Abholung innerhalb dieser Frist nicht erfolgt ist. ³Die Bestimmungen des Archivrechts bleiben unberührt.

§ 24 Gleichwertigkeit

Im Habilitationsverfahren sind die Professorinnen oder Professoren und Honorarprofessorinnen oder -professoren, die nicht habilitiert sind, sowie im Falle der erfolgreichen Zwischenevaluation die Juniorprofessorinnen oder Juniorprofessoren den Habilitierten gleichgestellt.

§ 25 Fakultätsspezifische Bestimmungen

Die vorliegende Ordnung wird ergänzt um die Bestimmungen für die einzelnen Fakultäten, wie sie in der Anlage 1 aufgeführt sind.

§ 25a Besondere Bestimmungen

bei erheblicher Beeinträchtigung des Universitätsbetriebs

¹Bei Vorliegen einer durch das Präsidium festgestellten erheblichen Beeinträchtigung des Universitätsbetriebs können mündlich oder persönlich vorzunehmende Verfahrensschritte (insbesondere das Kolloquium und die Probevorlesung) im Wege der Bild- und Tonübertragung (z.B. Videokonferenz) und/oder in natürlicher Präsenz unter Berücksichtigung der jeweils geltenden Abstandsregelungen durchgeführt werden; für die Medizinische Fakultät kann in den ergänzenden Bestimmungen (Anlage 1) Entsprechendes geregelt werden. ²Wird ein mündlich oder persönlich vorzunehmender Verfahrensschritt im Wege der Bild- und Tonübertragung durchgeführt, muss die Habilitandin oder der Habilitand hierzu bei Antritt der Prüfung ihre oder seine Zustimmung unter Rügeverzicht erklären. ³Soweit ein Verfahrensschritt hochschulöffentlich stattfindet und aus Gründen nach Satz 1 ganz oder teilweise im Wege der Bild- und Tonübertragung durchgeführt wird, wird die Hochschulöffentlichkeit in der Weise hergestellt, dass Mitglieder oder Angehörige der Universität auf Anmeldung die Übertragung verfolgen können, soweit dies mit vertretbarem Aufwand möglich ist; die Anmeldung ist wenigstens zwei Tage vor der Sitzung in Textform an die Vorsitzende oder den Vorsitzenden zu richten. ⁴Die Aufzeichnung einer Bild- und Tonübertragung ist unzulässig.

§ 26 Schlussvorschriften

(1) Diese Habilitationsordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in den Amtlichen Mitteilungen der Universität in Kraft.

(2) ¹Zugleich treten die Habilitationsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.04.2000 (Amtliche Mitteilungen Nr. 4, Anlage II), zuletzt geändert durch Beschluss des Senats vom 15.11.2006 (Amtliche Mitteilungen 2/2007 S. 81), und die „Richtlinie für die Verleihung des Titels Außerplanmäßige Professorin bzw. Außerplanmäßiger Professor nach § 24 Abs. 6 NHG“ vom 23.11.1994 außer Kraft. ²Abweichend von Satz 1 gilt auf Antrag für bereits begonnene Habilitationsverfahren anstelle der §§ 3-10 die Habilitationsordnung in der Fassung

der Bekanntmachung vom 01.04.2000 (Amtliche Mitteilungen Nr. 4, Anlage II), zuletzt geändert durch Beschluss des Senats vom 15.11.2006 (Amtliche Mitteilungen 2/2007 S. 81), längstens jedoch bis zum Ablauf des Sommersemesters 2011.

Anlage 1

Ergänzende Bestimmungen der Fakultäten zur Habilitationsordnung der Georg-August-Universität Göttingen

Theologische Fakultät

zu § 2 Abs. 5:

Die Bewerberin oder der Bewerber hat den Nachweis der Mitgliedschaft in einer evangelischen Kirche zu erbringen. Die Habilitationskommission kann in Ausnahmefällen mit Zweidrittelmehrheit auch Bewerberinnen oder Bewerber zur Habilitation zulassen, die einer anderen (nicht evangelischen) Kirche oder Konfession, die im Ökumenischen Rat der Kirchen vertreten ist, angehören, wenn dies der Förderung evangelisch-theologischer Forschung, insbesondere in ihren ökumenischen Beziehungen, dient.

zu § 3 Abs. 1:

Die Habilitationskommission besteht aus der Dekanin oder dem Dekan und 10 weiteren Mitgliedern. Bei ihrer Besetzung ist darauf zu achten, dass die einzelnen Disziplinen angemessen vertreten sind.

zu § 8 Abs. 2:

Als weitere Gäste können nur promovierte Personen eingeladen werden. Vor der Einladung ist die Bewerberin oder der Bewerber anzuhören.

Juristische Fakultät

zu § 2 Abs. 5:

Die Bewerberin oder der Bewerber muss die juristische Ausbildung mit dem Erwerb der Befähigung zum Richteramt im Sinne des Deutschen Richtergesetz abgeschlossen haben. Auf

Antrag kann die Fakultät in besonderen Fällen, beispielsweise bei rechtshistorischem Schwerpunkt, mit Zustimmung der Habilitationskommission Ausnahmen zulassen.

zu § 3 Abs. 1:

Die Habilitationskommission besteht aus der Dekanin oder dem Dekan und 24 weiteren Mitgliedern.

Medizinische Fakultät

§ 2 Voraussetzungen für die Habilitation

Zu § 2 Abs. 1

An der Medizinischen Fakultät werden neben der Habilitationsschrift oder alternativ der kumulativen Habilitationsschrift, die sich aus zeitnah veröffentlichten oder zur Veröffentlichung angenommen Publikationen (in der Regel 3 bis 5 thematisch zusammenhängenden, mehrheitlich als Erst- oder Letztautor verfassten Originalarbeiten) zusammensetzt, weitere Voraussetzungen für die Zulassung zur Habilitation gefordert:

- Es muss eine Publikationsliste eingereicht werden, die nachweist, dass die Habilitationsschrift oder die kumulative Habilitationsschrift ein Teil umfassenderer wissenschaftlicher Arbeiten der Bewerberin oder des Bewerbers ist.
- Bei der Antragstellung muss ab dem 01.01.2018 als Zulassungsvoraussetzung zum Habilitationsverfahren außerdem eine standardisierte hochschuldidaktische Fortbildung nachgewiesen werden.

Die Habilitationsschrift oder die kumulative Habilitationsschrift muss von hoher wissenschaftlicher Qualität sein, sie kann jeweils in Deutsch oder Englisch verfasst werden. Näheres zur Qualität und Anzahl der weiteren Publikationen, der Autorenschaft sowie zu weiteren Zulassungsvoraussetzungen regelt die Richtlinie der Medizinischen Fakultät zur Durchführung des Habilitationsverfahrens.

Zu § 2 Abs. 3 und § 7 Abs. 3

An der Medizinischen Fakultät wird die Bewerberin oder der Bewerber mit der Eröffnung des Habilitationsverfahrens bzw. der Zulassung zum Habilitationsverfahren auch zum Kolloquium

zugelassen. Die Annahme der Habilitationsschrift muss nicht abgewartet werden. Näheres hierzu regelt die Medizinische Fakultät in ihrer Richtlinie zur Durchführung des Habilitationsverfahrens.

Zu § 2 Abs. 4 Satz 1

Die Bewerberin oder der Bewerber muss eine mehrjährige – wenigstens viersemestrige – kontinuierliche einschlägige Lehrtätigkeit für die Studierenden der Medizinischen Fakultät in der Breite der beantragten Venia Legendi nachweisen. Die Lehrtätigkeit muss zum Zeitpunkt der Antragstellung ausgeübt werden.

Bei der Lehrtätigkeit soll es sich um Unterricht im Rahmen von Lehrveranstaltungen handeln, die in den einzelnen Studienordnungen der Medizinischen Fakultät vorgesehen ist. Ausnahmsweise kann auch die Lehrtätigkeit an anderen Studiengängen der Universität Göttingen oder an anderen Universitäten anerkannt werden, wenn eine Erbringung der

Lehrtätigkeit an der Medizinischen Fakultät nicht zumutbar ist und die Lehre fachlich der beantragten Venia Legendi entspricht.

Näheres – insbesondere zum Umfang der Lehrtätigkeit - regelt die Richtlinie für die Durchführung des Habilitationsverfahrens an der Medizinischen Fakultät.

Zu § 2 Abs. 4 Satz 2 und § 9

An der Medizinischen Fakultät wird die Bewerberin oder der Bewerber mit der Eröffnung des Verfahrens zu einer öffentlichen Lehrprobe zugelassen, die die Probevorlesung ersetzt. Die Habilitationskommission wählt aus 5 von der Bewerberin oder dem Bewerber vorgeschlagenen Themen ein Thema für die Lehrprobe aus. Die Lehrprobe dauert 45 Minuten. Näheres hierzu regelt die Richtlinie für die Durchführung des Habilitationsverfahrens der Medizinischen Fakultät.

Zu § 2 Abs. 5

Die Habilitation in einem Fach der theoretischen Medizin setzt eine Tätigkeit von mindestens drei Jahren in diesem Fach voraus. Dies gilt sowohl für Ärzte und Ärztinnen, Zahnärzte und Zahnärztinnen und auch für nichtmedizinisches wissenschaftliches Personal.

Voraussetzung für die Habilitation in einem klinisch-theoretischen oder einem klinischen Fach, das in der Weiterbildungsordnung für Ärztinnen oder Ärzte oder Zahnärztinnen oder Zahnärzte vertreten ist, ist die vorherige Anerkennung als Gebietsarzt oder Facharzt durch eine Landesärztekammer oder Landes Zahnärztekammer.

§ 3 Habilitationskommission

Zu § 3 Abs. 1

Die Habilitationskommission besteht aus dem Dekan oder der Dekanin der Medizinischen Fakultät und 15 weiteren habilitierten Mitgliedern.

§ 4 Habilitationsantrag

Zu § 4 Abs. 1

Der Antrag auf Zulassung zur Habilitation kann nur von promovierten Mitgliedern bzw. Angehörigen der Medizinischen Fakultät gestellt werden, bei denen ein Arbeitsverhältnis oder eine Stipendienvereinbarung mit der Universitätsmedizin Göttingen besteht. Begründete Ausnahmen sind möglich z.B. für promovierte Mitglieder des Campus Göttingen, die im Rahmen wissenschaftlicher Projekte mit der Universitätsmedizin Göttingen und deren Medizinische Fakultät verbunden sind oder von promovierten ärztlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der akademischen Lehrkrankenhäuser der Universitätsmedizin Göttingen, wenn das Fach, für das die Venia Legendi erteilt werden soll, im Rahmen der Kooperationsvereinbarung Bestandteil der Vereinbarung ist. Eine weitere Ausnahme kann der Fakultätsrat für langjährige ehemalige Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter der Universitätsmedizin Göttingen zulassen, wenn deren Ausscheiden nicht länger als 2 Jahre zurückliegt und ein Nachweis erbracht wird, dass die Lehrtätigkeit, die mit der Venia Legendi verbunden ist, an der Medizinischen Fakultät weiterhin erforderlich ist.

§ 6 Begutachtung

Zu § 6 Abs. 1

An der Medizinischen Fakultät werden in der Regel auswärtige Gutachter bestellt. Die Habilitationskommission bestellt zur Begutachtung der schriftlichen Habilitationsleistung und des Berichts über die Forschungstätigkeit mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder mindestens 3 Gutachter. Die Bewerberin oder der Bewerber hat ein Vorschlagsrecht, die Habilitationskommission kann von dem Vorschlag abweichen und aus Gründen der Qualitätssicherung auch andere als die vorgeschlagenen Gutachter bestellen.

Zu § 6 Abs. 2

Jedes habilitierte Mitglied der Medizinischen Fakultät kann innerhalb von 8 Wochen nach Zulassung bzw. Eröffnung des Habilitationsverfahrens der Habilitationskommission ein schriftliches Gutachten vorlegen. In diesem Zeitraum können auch die vorliegenden externen Gutachten eingesehen werden. Sind die externen Gutachten nicht innerhalb von sechs Wochen eingegangen, verlängert sich diese Frist und endet zwei Wochen nach Eingang des letzten externen Gutachtens. Näheres regelt die Richtlinie der Medizinischen Fakultät über die Durchführung des Habilitationsverfahrens

§ 11 Wiederholung der Habilitationsprüfung

Zu § 11 Wiederholung der Habilitationsprüfung

Kolloquium und Lehrprobe können frühestens nach 2 Wochen wiederholt werden.

§ 19 Widerruf der Lehrbefugnis

Zu § 19 Abs. 1 Ziff. 4

Die Medizinische Fakultät kann von dem Widerruf der Lehrbefugnis auch Gebrauch machen, wenn ausreichende Tatsachen vorliegen, dass die Ausübung der Lehre an der Medizinischen Fakultät nicht mehr wahrscheinlich ist und darüber hinaus die Medizinische Fakultät über ausreichende Lehrkapazität verfügt. Ausreichende Tatsachen liegen insbesondere dann vor, wenn die Privatdozentin oder der Privatdozent seit mehr als 4 Semester nicht mehr an der Lehre ihres oder seines Faches, das die Venia Legendi umfasst, beteiligt war.

§ 22 Betrauung mit der selbständigen Vertretung eines Faches in Forschung und Lehre

Zu § 22 Abs. 1

An der Medizinischen Fakultät setzt die Betrauung mit der selbständigen Vertretung eines Faches voraus, dass es sich um ein Mitglied der Hochschule im Sinne des § 16 Abs. 1 NHG handelt.

§ 25a Besondere Bestimmungen

bei erheblicher Beeinträchtigung des Universitätsbetriebs

Zu § 25a

Bei Vorliegen einer durch den Vorstand der Universitätsmedizin festgestellten erheblichen Beeinträchtigung des Betriebes der UMG (Fakultät, Kliniken und Institute und/oder Verwaltung) können mündlich oder persönlich vorzunehmende Verfahrensschritte (insbesondere das Kolloquium und die Lehrprobe) im Wege der Bild- und Tonübertragung (z.B. Videokonferenz) und/oder in natürlicher Präsenz unter Berücksichtigung der jeweils geltenden Abstandsregelungen durchgeführt werden.

Philosophische Fakultät

zu § 3 Abs. 1:

Die Habilitationskommission besteht aus der Kondekanin oder dem Kondekan und 12 weiteren Mitgliedern.

zu § 3 Abs. 2:

Die Zuziehung einer Gutachterin oder eines Gutachters aus einer anderen Fakultät ist dann erforderlich, wenn die vorgelegte schriftliche Habilitationsleistung nach dem Urteil der Kommission interdisziplinär angelegt ist.

zu § 14:

Vor der Entscheidung durch die Habilitationskommission hält die Kandidatin oder der Kandidat eine Probevorlesung nach § 9 ab.

Fakultät für Mathematik und Informatik

Zu § 2 Abs. 2:

Im Falle der kumulativen Habilitation darf diese nicht in wesentlichen Teilen Ergebnisse der Dissertationsschrift umfassen und die Veröffentlichung der verwendeten Arbeiten soll zum überwiegenden Teil nicht mehr als fünf Jahre zurückliegen. Die Habilitationsschrift oder die kumulativen Arbeiten können in englischer Sprache abgefasst sein.

zu § 3 Abs. 1:

Die Habilitationskommission besteht aus der Dekanin oder dem Dekan und 8 weiteren Mitgliedern, von denen eines der Fakultät für Physik angehört.

zu § 6 Abs. 1:

Wenigstens zwei der Gutachterinnen oder Gutachter müssen auswärtige sachverständige Personen sein.

Fakultät für Physik

zu § 2 Abs. 2:

Legt die Bewerberin oder der Bewerber anstelle einer Habilitationsschrift mehrere Veröffentlichungen vor, sollen diese jüngeren Datums sein. Die Bewerberin oder der Bewerber soll zusätzlich eine ausführliche wissenschaftliche Zusammenfassung der Arbeiten anfertigen und mit vorlegen; aus dieser muss der eigene Anteil der Autorin oder des Autors hervorgehen, wenn mehrere Autorinnen oder Autoren an eingereichten Arbeiten beteiligt sind. Die Habilitationsschrift oder die Veröffentlichungen können auch in englischer Sprache abgefasst sein.

zu § 3 Abs. 1:

Die Habilitationskommission besteht aus der Dekanin oder dem Dekan und 8 weiteren Mitgliedern.

zu § 12:

Erfolgt die Veröffentlichung der Habilitationsschrift als selbständige Veröffentlichung, so sind die Pflichtexemplaren in der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek abzugeben für den Austausch zwischen den wissenschaftlichen Bibliotheken. Im Falle einer Buchhandelsausgabe genügt die Abgabe von 3 Exemplaren, wenn ein Verleger die Verbreitung über den Buchhandel übernimmt und eine Mindestauflage von 100 Exemplaren nachgewiesen wird.

Fakultät für Chemie

zu § 3 Abs. 1:

Die Habilitationskommission besteht aus der Dekanin oder dem Dekan und 11 weiteren Mitgliedern.

zu § 12:

Als selbständige Veröffentlichung wird auch eine mit Koautorinnen oder -autoren publizierte Arbeit in einer wissenschaftlichen Fachzeitschrift gewertet. Hierbei kann eine Kennzeichnung als Habilitationsleistung entfallen.

Fakultät für Geowissenschaften und Geographie

zu § 3 Abs. 1:

Die Habilitationskommission besteht aus der Dekanin oder dem Dekan und 8 weiteren Mitgliedern.

zu § 8 Abs. 2:

Das Kolloquium findet in der Regel hochschulöffentlich statt. Die Einladung erfolgt durch Aushang und auf elektronischem Wege. Auf Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten kann die Hochschulöffentlichkeit abweichend von Sätzen 1 und 2 bei Vorliegen eines wichtigen Grundes ganz oder teilweise ausgeschlossen werden; hierüber entscheidet die Habilitationskommission.

Fakultät für Biologie und Psychologie

zu § 2 Abs. 2:

Werden anstelle einer Habilitationsschrift bisherige Veröffentlichungen und zur Veröffentlichung angenommene Arbeiten eingereicht, so hat die Bewerberin oder der Bewerber diese in einer deutschsprachigen Übersicht zusammenzufassen.

zu § 3 Abs. 1:

Die Habilitationskommission besteht aus der Dekanin oder dem Dekan und 8 weiteren Mitgliedern.

zu § 8 Abs. 1:

Das Referat im Kolloquium soll in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Gegenstand der Habilitationsschrift stehen.

zu § 8 Abs. 2:

Das Kolloquium findet in der Regel hochschulöffentlich statt. Die Einladung erfolgt durch Aushang und auf elektronischem Wege. Auf Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten kann die Hochschulöffentlichkeit abweichend von Sätzen 1 und 2 bei Vorliegen eines wichtigen Grundes ganz oder teilweise ausgeschlossen werden; hierüber entscheidet die Habilitationskommission.

Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie

zu § 2 Abs. 1 und 2:

Der Bezug der Forschungstätigkeit der Bewerberin oder des Bewerbers zum Gebiet der Forstwissenschaften wird in der Regel durch einschlägige Veröffentlichungen nachgewiesen.

zu § 2 Abs. 2:

Legt die Bewerberin oder der Bewerber anstelle einer Habilitationsschrift bisherige Veröffentlichungen oder zur Veröffentlichung angenommene Arbeiten vor, so sollen diese jüngeren Datums sein. Die Arbeiten müssen in einer ausführlichen deutschsprachigen Übersicht zusammengefasst werden, aus der die eigene Leistung der Bewerberin oder des Bewerbers deutlich erkennbar wird.

zu § 3 Abs. 1:

Die Habilitationskommission besteht aus der Dekanin oder dem Dekan und 14 weiteren Mitgliedern.

zu § 8 Abs. 1:

Auf Antrag der Habilitandin beziehungsweise des Habilitanden steht das Referat im Kolloquium in Zusammenhang mit dem Gegenstand der Habilitationsschrift.

zu § 8 Abs. 2:

Das Kolloquium findet in der Regel hochschulöffentlich statt. Auf Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten kann die Hochschulöffentlichkeit abweichend von Satz 1 bei Vorliegen eines wichtigen Grundes ganz oder teilweise ausgeschlossen werden; hierüber entscheidet die Habilitationskommission.

Fakultät für Agrarwissenschaften

zu § 3 Abs. 1:

Die Habilitationskommission besteht aus der Dekanin oder dem Dekan und 9 weiteren Mitgliedern. Bei ihrer Besetzung ist darauf zu achten, dass die einzelnen Disziplinen angemessen vertreten sind.

Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

zu § 2 Abs. 2:

Legt die Bewerberin oder der Bewerber anstelle einer Habilitationsschrift mehrere Veröffentlichungen vor, sollen diese jüngeren Datums sein. Die Bewerberin oder der Bewerber soll zusätzlich eine ausführliche wissenschaftliche Zusammenfassung der Arbeiten anfertigen und mit vorlegen; aus dieser muss der eigne Anteil der Autorin oder des Autors hervorgehen, wenn mehrere Autorinnen oder Autoren an eingereichten Arbeiten beteiligt sind. Die Habilitationsschrift oder die Veröffentlichungen können auch in englischer Sprache abgefasst sein.

zu § 3 Abs. 1:

Die Habilitationskommission besteht aus der Dekanin oder dem Dekan und 11 weiteren Mitgliedern.

zu § 12 Satz 6:

¹Die Habilitationsschrift ist von der Habilitandin oder dem Habilitanden zu veröffentlichen. ²Für die Veröffentlichung können folgende Möglichkeiten genutzt werden: Open Access-Publikation, z.B. bei der SUB Göttingen, Verlagsveröffentlichung, gedruckt oder als E-Book, Open Access-E-Book, Eigendruck, Diskussionspapierreihe; die Habilitationskommission kann weitere Veröffentlichungsformen gestatten. ³Die Veröffentlichung muss innerhalb von zwei Jahren nach der Probevorlesung (Ausschlussfrist) erfolgen. ⁴Bei Vorliegen eines wichtigen Grundes kann auf Antrag der Habilitandin oder des Habilitanden die Frist nach Satz 3 um bis zu weitere zwei Jahre auf insgesamt längstens vier Jahre verlängert werden; ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn ein Verlagsschreiben vorgelegt wird, aus dem hervorgeht, dass die Habilitationsschrift zur Veröffentlichung angenommen wurde und inhaltlich im Wesentlichen der eingereichten Fassung entsprechen wird. ⁵Der Vollzug der Habilitation durch Übermittlung der Habilitationsurkunde kann erst nach Veröffentlichung der Habilitationsschrift erfolgen. ⁶Erfolgt die Veröffentlichung nicht innerhalb der Frist nach Sätzen 3 und 4 erlöschen alle durch die Habilitationsprüfung erworbenen Rechte.

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Zu § 2 Abs. 2:

Legt die Bewerberin oder der Bewerber anstelle einer Habilitationsschrift bisherige Veröffentlichungen oder zur Veröffentlichung angenommene Arbeiten vor, soll sie oder er zusätzlich eine ausführliche wissenschaftliche Zusammenfassung der Arbeiten anfertigen, die dem Antrag nach § 3 beigelegt sein muss. Aus dieser muss der eigene Anteil der Autorin oder des Autors hervorgehen, wenn mehrere Autorinnen oder Autoren an den bisherigen Veröffentlichungen oder den eingereichten Arbeiten beteiligt sind.

zu § 3 Abs. 1:

Die Habilitationskommission besteht aus der Dekanin oder dem Dekan und 8 weiteren Mitgliedern, von denen 2 anderen Fakultäten angehören sollen.

zu § 8 Abs. 2:

¹Das Kolloquium findet in der Regel hochschulöffentlich statt. ²Die Einladung erfolgt durch Aushang und auf elektronischem Wege. ³Auf Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten kann die Hochschulöffentlichkeit abweichend von Sätzen 1 und 2 bei Vorliegen eines wichtigen Grundes ganz oder teilweise ausgeschlossen werden; hierüber entscheidet die Habilitationskommission.

Anlage 2

**Die Georg-August-Universität Göttingen
Fakultät NN**

stellt

nach ordnungsgemäß durchgeführtem Habilitationsverfahren

unter der Präsidentin/dem Präsidenten
Professorin/Professor Dr. NN

und unter der Dekanin/dem Dekan
Professorin/Professor Dr. NN

fest, dass

Frau/Herr
Dr. NN
aus [Ort]

die

Lehrbefähigung

im wissenschaftlichen Fachgebiet

[Bezeichnung des Fachgebiets]

nachgewiesen hat, und verleiht ihr/ihm für dieses Fachgebiet die

venia legendi

in der Erwartung, dass sie/er ihr/sein Bestes tun wird,
um als akademische Lehrerin/akademischer Lehrer und Forscherin/Forscher der Wissenschaft zu
dienen und
den akademischen Nachwuchs zu verantwortlichem wissenschaftlichen Handeln zu befähigen.

Göttingen, den TT. Monat JJJJ

Die Präsidentin/Der Präsident

Die Dekanin/Der Dekan

**The Georg-August-Universität Göttingen
Faculty NN**

following the Habilitation process duly conducted in accordance with the statutes

under the President
Professor Dr. NN

and the Dean
Professor Dr. NN

declares that

Herr / Frau

Dr. NN
from [place]

has delivered proof of her / his

ability to perform professorial teaching

in the academic field of

[designation of field]

and confers upon her / him the

venia legendi

for this field,

in the expectation that she / he will do her / his utmost
to serve science and scholarship as an academic teacher and researcher
and to qualify young scientists for responsible scientific conduct.

Göttingen, DD Month YYYY

signed

The President

signed

The Dean

The correctness and completeness of the translation overleaf of the Habilitation Certificate into the English language is hereby confirmed. The translation may be used solely in combination with the original document.

Göttingen, dd month yyyy

Georg-August-Universität Göttingen

[Name]

[Official seal]

OFFICIAL TRANSLATION